



Einfach himmlisch! Wenn Frau will, steht alles still. Die Engel des Malers Raffael in der Sixtinischen Kapelle in Rom. (oto ZVG.)

Das Bündnis für den Frauenstreik wird immer breiter:

## **Auch die Katholikinnen wollen streiken**

Mehr als fünfzehn Organisationen rufen inzwischen zum Frauenstreik am 14. Juni auf, von links bis bürgerlich.

Die Organisatorinnen vom Women's March haben schon zugesagt. Sie hatten nach der Wahl von US-Präsident Donald Trump in Zürich und Genf grosse Frauenprotestmärsche organisiert. Mit dabei ist auch Amnesty International. Genauso wie die Grünen, die SP und die Rentnerinnen von der Grossmütterrevolution. So wie der bürgerliche Frauendachverband Alliance F, der 400'000 Frauen vertritt. Er organisiert am 14. Juni einen Anlass im Bundeshaus und ruft seine Mitglieder dazu auf, auch an anderen Streikaktivitäten teilzunehmen.

Und jetzt haben auch die Katholikinnen beschlossen: Am 14. Juni werden die Kirchen pink. Am 15. und 16. Juni auch. Gleich drei Tage lang will der katholische Frauenbund (SKF) streiken. Das sind 600 Vereine mit insgesamt 130'000 Mitgliedern, die finden: Gleichstellung kann nicht vor der Kirchentür enden. Wann sonst sollten sie also streiken, wenn nicht am Wochenende, wenn an den Altären Hochbetrieb herrscht?

SKF-Sprecherin Kathrin Winzeler sagt es so: „Die Gleichberechtigung ist in der katholischen Kirche nicht vorhanden. Noch nicht einmal auf dem Papier.“ Alle bedeutenden Posten seien bis heute Männern vorbehalten. Das stört die Kirchenfrauen. Aber auch, dass Papst Franziskus Abtreibung mit einem Auftragsmord gleichsetzt. Und dass der Vatikan zu wenig tut, um sexuellen Missbrauch zu sanktionieren. Da komme vieles zusammen, sagt Winzeler: „Es brodeln.“

Am 14. Juni soll das hör- und sichtbar werden. Auch die Evangelischen Frauen Schweiz (EFS) und die IG feministische Theologinnen unterstützen das. SKF-Frau Winzeler ist überzeugt: „Je mehr Organisationen am Frauenstreik teilnehmen, desto wirkungsvoller wird er.“

### **Frauenvereine und Kurdinnen**

Das sieht auch Béatrice Bürgin so. Sie ist Präsidentin der Schweizerischen Gemeinnützigen Frauen (SGF), dem Dachverband der Frauenvereine. Mitte März haben auch sie den Frauenstreik beschlossen. Bürgin sagt: „Der Entscheid ist breit abgestützt.“ Im SGF sind Frauen aus dem ganzen politischen Spektrum vertreten. Und sie wollen am 14. Juni vor allem die viele unbezahlte Arbeit sichtbar machen. „Der Löwenanteil wird noch immer von den Frauen geleistet“, sagt Bürgin. Das sei gerade auch bei den Frauenvereinen so. Vor allem seien Frauenvereine aber auch Orte der Solidarität: „Im Verein kommen Frauen zusammen, tauschen sich aus und helfen einander.“ Diese gegenseitige Unterstützung sei zentral. Gerade auch beim Frauenstreik.

Um die Solidarität geht es auch den Kurdinnen. Sie waren von Anfang an bei den Streikvorbereitungen dabei. Für Özen Aytaç von der kurdischen Frauenbewegung ist klar: „Der Kampf der Frauen endet nicht an der Landesgrenze.“ Auf der ganzen Welt würden sich Frauen gegen Unterdrückung und Gewalt wehren. Es gehe darum, diese Kämpfe zu verbinden. Aytaç nennt das Beispiel von Rojava. Ein syrisches Gebiet, in dem die Kurdinnen und Kurden den IS besiegt und ein neues System etabliert haben. Kein kapitalistisches, sondern ein wirtschaftlich und politisch demokratisches. Mit der Frau als gleichberechtigter Akteurin. Aytaç: „Alle wichtigen Posten dort sind als Co-Leitung besetzt. Mit einer Frau und einem Mann.“ Denn eine freie Gesellschaft „könne es nur mit der Freiheit der Frauen geben“.

### **Die Wirtschaftsfrauen**

Die Überwindung des Kapitalismus sei „ganz sicher nicht“ ihre Sache, sagt Claudine Esseiva. Die freisinnige Berner Politikerin sitzt im Zentralvorstand der Business and Professional Women (BPW), des grössten Wirtschaftsfrauenverbands der Schweiz. Schliesslich seien sie „allesamt Geschäftsfrauen“. Dennoch „werden wir am 14. Juni dabei sein“.

Geplant sei ein eigenes Positionspapier. Die Forderungen: bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, mehr Frauen in den Chefetagen und Lohngleichheit. Für Esseiva ist klar: Nachdem das Parlament letztes Jahr alle Unternehmen mit mehr als 100 Angestellten zu Lohnanalysen verpflichtet hat, „muss jetzt die Wirtschaft ran“.

Patricia D'Incau.

Work online, 29.3.2019.

Personen > D'Incau Patricia. Frauenstreik. Katholikinnen. Work online, 2019-03-29